

nicht richtig bestimmen könne. Ich werde langsam misstrauisch. Ich glaube, dahinter steckt sehr wohl ein Konzept, nämlich: Schon jetzt sind die Hochschulen dicht. Studieren kann man bereits nicht mehr richtig, weil die Hochschulen überfüllt sind und nicht genügend Studienplätze zur Verfügung stehen. Wir schaffen auch nicht genügend neue. Dann kommen noch die Studiengebühren hinzu, damit die, die es sich nicht leisten können, auch nicht kommen können. Am Ende werden die Hochschulen wieder etwas leerer werden, die Arbeitsatmosphäre wird sich verbessern. Dann sind natürlich wieder die Richtigen an der Hochschule: die Kinder der Besserverdienenden. – Ich glaube, das ist das Ziel dieser Regierung und dieser Koalition.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Kollege Groth, Herr Lindner hat eine Zwischenfrage. Gestatten Sie die?

Ewald Groth (GRÜNE): Ich kann die leider nicht zulassen, Frau Präsidentin. Ich kneife sehr ungern, aber Herr Lindner hatte 15 Minuten Zeit: Er hat hier nicht zur Sache gesprochen, er hat nicht zum Haushalt gesprochen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Widerspruch von der CDU)

Er hat dauernd nur auf andere Punkte Bezug genommen und die Opposition in diesem Hause beleidigt. Er verweigert die Auseinandersetzung um den Haushalt, den wir hier heute beraten wollen. Deshalb will ich ihm kein Podium für eine Zwischenfrage geben.

Der von Ihnen in Auftrag gegebene Innovationsbericht, Herr Minister Pinkwart, hat sehr deutlich gezeigt, dass Sie in Nordrhein-Westfalen eine Forschungs- und Entwicklungslandschaft übernommen haben, die ihresgleichen auch in der Bundesrepublik sucht. Gut: Es gibt Schwächen – aber auf einem sehr hohen Niveau. Ich glaube, dass Sie imstande sind, dieses Kapital, das Sie von Rot-Grün ererbt haben, zu verspielen. Tun Sie das im Sinne des Landes nicht! Kümmern Sie sich vielmehr tatsächlich um Innovationen, und zeigen Sie uns das auch im Sinne des Haushalts mit neuen Haushaltsansätzen!

Nicht nur in Aachen hat gestern Abend eine NRW-Mannschaft eine bayerische besiegt. Wir könnten das auch als Land Nordrhein-Westfalen.

(Lebhafter Beifall von GRÜNEN und SPD)

Dazu allerdings haben wir hier die falsche Koalition und vielleicht – mir kommt der Verdacht – auch den falschen Minister. – Vielen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Deshalb kommen wir zum Schluss der Beratung und zu den **Abstimmungen zum Einzelplan 06**.

Wir stimmen zunächst über die Änderungsanträge Nummern 46 bis 48 der Tischvorlage entsprechend der Übersicht ab.

Zunächst ist die Nummer 46, **Änderungsantrag** der Fraktion der Grünen **Drucksache 14/3232**, abzustimmen. Wer dem zustimmen mag, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist dieser Antrag mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

Wir kommen zur laufenden Nummer 47, einem weiteren **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/3235**. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist auch das mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

Laufende Nummer 48, ebenfalls ein **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/3236**. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist auch das mit Mehrheit **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, wir kommen dann zur Gesamtabstimmung über den **Einzelplan 06** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/3006**. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist der Einzelplan 06 mit großer Mehrheit **verabschiedet**.

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wir kommen zum **Einzelplan 10**:

Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ich gebe den Hinweis, dass es dazu Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gibt, die Ihnen mit den Nummern 49 bis 62 der Tischvorlage vorliegen.

Ich eröffne die Beratung und gebe das Wort an Frau Schulze von der SPD-Fraktion. Bitte schön.

Svenja Schulze (SPD): Meine Damen und Herren! Der EU-Umweltkommissar Stavros Dimas hat erst vor Kurzem deutlich gemacht, welche Verluste uns im Umweltbereich drohen. In der EU beschleunigt sich der Artenverlust: 42 % der Säugetiere, 43 % der Vögel und 52 % der Fische sind vom Aussterben bedroht. Wir wissen gleichzeitig, welches Bild Kinder und Jugendliche heute von Natur und Umwelt haben. Dazu hat uns der „Jugendreport Natur“ deutliche Hinweise gegeben.

(Unruhe – Glocke)

Wir haben hier im Parlament auch schon öfter über den Klimawandel geredet. Allen ist eigentlich klar: Das ist eine große Herausforderung für die Politik hier in Nordrhein-Westfalen. Nordrhein-Westfalen hat nächstes Jahr den Vorsitz in der Umweltministerkonferenz. Deutschland wird die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen; dort wird ein Schwerpunkt die Energiepolitik sein. Also riesige Herausforderungen für das Energieland Nummer eins!

Darauf müsste diese Landesregierung auch mit ihrer Haushaltspolitik eine Antwort geben. Aber wie in den anderen Einzelplänen zeigt sich auch hier die Koalition der Täuschung und Enttäuschung.

(Beifall von der SPD)

Diese Regierung hat kein eigenes Klimaschutzkonzept. Diese Regierung hat keine Antworten auf die von Dimas benannten Herausforderungen. Diese Regierung hat keine Antworten auf steigende Energiekosten und keine Antworten auf Naturschutzfragen. Hier wird versucht, Umweltpolitik im Dialog mit Wirtschaft und Umwelt wegzumoderieren. So geht das aber nicht. Dialog von Umwelt und Wirtschaft kann nicht bedeuten, dass Umwelt- und Naturschutzverbände gar nicht erst eingeladen werden, um miteinander zu reden.

Das Verständnis dieser Regierung von Umweltpolitik beschränkt sich darauf, möglichst wenige Regelungen für die Landwirte zu beschließen. Was Sie in diesem Haushalt machen, ist ein Kahlschlag in der Naturschutz- und Umweltpolitik. Das ist die Fortsetzung des letzten Haushalts. Dieser Haushalt ist eine einzige Enttäuschung.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich will das nur an wenigen Punkten deutlich machen. Sie streichen Mittel für das nachhaltige Wirtschaften. Davon ist zum Beispiel die Effizienzagentur betroffen. Sie hat sehr viele Projekte im Bereich der Umwelttechnologie gefördert.

Die CDU führt einen großen Parteitag zum Thema Umwelt durch. Ausgerechnet an den Stellen, an denen es konkret wird und um konkrete Hilfe für innovative Unternehmen geht, wird das Geld gestrichen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie sagen also wieder einmal das eine und tun das andere. Sie enttäuschen damit die fortschrittlich denkenden Unternehmerinnen und Unternehmer in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD)

Sie streichen im Bereich der nachhaltigen Entwicklung. Sie streichen die Titelgruppe so weit zusammen, dass kaum noch etwas übrig bleibt.

Herr Minister, erklären Sie uns doch einmal, was alles konkret wegfällt. Was ist mit der Umweltbildung, die gerade aus diesem Topf finanziert worden ist? Was ist mit den ganzen Projekten zur lokalen Agenda, die wir auf der kommunalen Ebene haben? Was passiert damit? Sollen das jetzt alles die Kommunen bezahlen, wie es bei vielen anderen Punkten im Haushalt der Fall ist? Sie können den Kommunen nicht alle Lasten aufbürden. So geht das nicht. So kann man nicht mit Umweltpolitik umgehen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie streichen wieder einmal bei der Verbraucherzentrale. Der Ministerpräsident sagt, Nordrhein-Westfalen solle das Verbraucherschutzland Nummer eins bleiben. Wenn es dann konkret wird, streichen Sie. Im Vergleich zur SPD-geführten Regierung muss die Verbraucherzentrale mit 3 Millionen € weniger auskommen.

(Zuruf von der SPD: Das ist ja ein Ding!)

Sie halten Sonntagsreden. Wenn es aber konkret wird, streichen Sie die Mittel. Sie versuchen, die Menschen in Nordrhein-Westfalen zu täuschen. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen werden merken, dass sich Ihr Verbraucherschutz auf Sonntagsreden beschränkt. Das werden sie Ihnen nicht durchgehen lassen.

(Beifall von der SPD)

Sie wissen um das veränderte Naturverständnis von Jugendlichen. Dann müsste man mehr für die Umweltbildung tun. Sie machen genau das Gegenteil. Sie streichen bei den biologischen Stationen und damit ausgerechnet bei denjenigen, die praktischen Umweltschutz vor Ort betreiben. Noch vor Kurzem wurde die Arbeit der biologischen Stationen gelobt. Nach einer Umfrage sind alle sehr zufrieden damit. Sie kürzen genau an der Stelle,

an der sich Ehrenamt und Naturschutz ganz hervorragend verbinden.

(Beifall von der SPD)

Sie schließen die Stiftung für Umwelt und Entwicklung praktisch. Genau diese Stiftung hat sehr wichtige Projekte gefördert. Sie hat viele Anstöße auf kommunaler Ebene geben können. Ich frage Sie auch in diesem Fall, wer diese Aufgabe übernehmen soll. Das können weder die Kommunen noch irgendwelche Privaten. Sie schieben Lasten und Verantwortung ab. So kann man Umweltpolitik nicht machen.

Sie von der CDU haben einen großen Parteitag durchgeführt. Es gab viel Brimborium. Wenn es allerdings um das konkrete Handeln geht, machen Sie das genaue Gegenteil. Sie schwächen diejenigen, die bei Ihnen keine Lobby haben. Sie schwächen Verbraucherinnen und Verbraucher. Sie schwächen den Umweltschutz. Sie schwächen auch kleinere und mittlere landwirtschaftliche Betriebe. Sprechen Sie einmal mit den Milchbauern und fragen Sie sie, was die von Ihrer Politik halten. Sie schwächen innovative Firmen, die auf Nachhaltigkeit und Effizienz setzen.

Es ist interessant, zu sehen, an welchen Stellen Sie Geld ausgeben. Es gibt eine Organisation, die von einer CDU-Abgeordneten geführt wird. Diese Organisation ist von Kürzungen ausgenommen. Die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, deren Vorsitzende Marie-Luise Fasse ist, kann ihre Förderung innerhalb von zwei Jahren um fast 50 % erhöhen. Ich möchte nicht bewerten, was diese Stiftung tut. Das ist sicherlich eine sinnvolle und gute Arbeit. Es wird aber überall gekürzt. Und ausgerechnet bei den Organisationen, bei denen Ihre Leute den Vorsitz innehaben, sind Sie so schamlos und bedienen diese einfach. Ich finde, das ist schon ein starkes Stück.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Mit Ihrer Kürzungspolitik im Einzelplan 10 schaden Sie den vielen Ehrenamtlichen, die im Umweltschutz und im Naturschutz arbeiten. Sie schaden denjenigen, die bei der Lokalen Agenda 21 aktiv sind. Sie arbeiten damit komplett an den Menschen in Nordrhein-Westfalen vorbei. Sie kennen die Umfragen. Es gab erst vor Kurzem eine aktuelle Umfrage, nach der 93 % der Menschen Umweltschutz für wichtig halten. Und die schwarz-gelbe Regierung hat nichts Besseres zu tun, als ausgerechnet beim ehrenamtlichen Engagement zu kürzen und das Engagement dort zu behindern. Das ist eine herbe Enttäuschung für alle, die dort aktiv sind. Das sind viele Menschen in Nordrhein-Westfalen.

Zwei Drittel der Bevölkerung sehen in einer konsequenten Umweltpolitik keine nachteiligen Effekte für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen sind damit mehrheitlich deutlich klüger, als die Landesregierung uns mit ihrer Marktgläubigkeit zu erklären versucht.

Allen ist klar: Der Staat muss als Pionier vorangehen. Er muss den Weg für Innovationen ebnen. Bundesumweltminister Gabriel hat Recht, wenn er angesichts der Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen, jetzt eine ökologische Industriepolitik verlangt.

Nordrhein-Westfalen hätte sehr gute Startchancen. Wir haben unter der SPD-geführten Regierung eine ganze Menge Profil gewonnen. Viele Unternehmen sind auf dem Sektor der Umwelttechnologie äußerst profiliert. Was Sie von Schwarz-Gelb jetzt machen, ist der Versuch, Wirtschaft und Umwelt gegeneinander auszuspielen.

(Zuruf von Holger Ellerbrock [FDP])

Das ist nicht die Herausforderung dieser Zeit. Sie sind damit eine herbe Enttäuschung für die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen. Sie sind eine herbe Enttäuschung für alle, die im Ehrenamt, im Naturschutz tätig sind. Sie sind eine herbe Enttäuschung für die Milchbauern.

Sie enttäuschen mit den Streichorgien im Einzelplan 10 die Menschen in Nordrhein-Westfalen. Einem solchen Haushalt können wir nicht zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Schulze. – Frau Fasse hat nun das Wort für die CDU.

Marie-Luise Fasse (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch bei der Aufstellung des Einzelplans 10 über die Ausgaben im Bereich des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz im Haushalt 2007 wurden alle Anstrengungen unternommen, um das Ziel der mittelfristigen Finanzplanung des Landes zu erreichen. Die in dieser mittelfristigen Planung für 2007 veranschlagten Ausgaben in Höhe von 917,3 Millionen € wurden sogar um 53,5 Millionen € unterschritten.

Der Einzelplan 10 des MUNLV ist wie bereits im Jahr 2006 maßgeblich von einer umsichtigen verantwortungsvollen Sparpolitik gekennzeichnet. Bei allem Sparwillen sollen den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes Lebensqualität und Grund-

lagen für ein gesundes Leben erhalten und, wenn irgend möglich, verbessert werden. Dazu gehören intakte Landschaften, reine Luft und saubere Gewässer. Auch für die kommenden Generationen dürfen diese Grundlagen nicht auf neuen Schulden aufgebaut sein.

Unter dieser Prämisse hat das MUNLV den Einzelplan 10 mit Umsicht zukunftsweisend aufgestellt. Dass es dabei wegen der erforderlichen Haushaltskonsolidierung teilweise zu erheblichen Einschnitten kommen musste, ist eine Selbstverständlichkeit; denn sparen heißt ganz einfach: weniger ausgeben.

(Beifall von Holger Ellerbrock [FDP])

Die vorgenommenen Einsparungen führen jedoch in keinem Falle dazu, dass in den die Zukunft betreffenden Schwerpunkten wie Verbraucherschutz, Umsetzung der EU-Richtlinien für Luftqualität und Umgebungslärm oder Hochwasserschutz die zu Recht hohen Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger nicht mehr erfüllt werden können. Hier bleiben die bestehenden Strukturen erhalten und werden gestärkt. Auch im Jahr 2007 stehen ausreichende Mittel zur Verfügung, um Bundes- und EU-Mittel einzufordern und bedarfsgerecht mitzufinanzieren.

Auch Verwaltungskostenerstattungen für Aufgaben des Landes, die von dritter Seite erfüllt werden, wie zum Beispiel von der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen und dem Landesbetrieb Wald und Holz, sind in erforderliche Höhe im Haushaltsentwurf vorgesehen.

Unter Berücksichtigung dieser Fakten und des weiteren Umstandes, dass die aus Einnahmen finanzierten zweckgebundenen Ausgaben angestiegen sind, ist es dennoch gelungen, für 2007 eine Entlastung von 5 % gegenüber dem Haushalt 2006 zu erreichen. Die Einsparbemühungen im Haushaltsentwurf finden jedoch überall dort ihre Grenze, wo es um vitale Interessen der Menschen in Nordrhein-Westfalen geht.

Für Lebensqualität ist eine intakte Umwelt unerlässlich. Sie ist nachhaltig zu erhalten und zu verbessern und deshalb vorrangiges Ziel unserer Politik. In der Vergangenheit mussten sich die Menschen über den Zustand der Gewässer oft sorgen. Fischsterben und PFT-Belastung waren Gründe für Beunruhigung. Deshalb ist der Gewässerschutz im Umweltbereich von besonderer Bedeutung. Zunächst ist der Gewässerzustand entsprechend der EU-Wasserrahmenrichtlinie festzustellen. Für Monitoring und Planungsaufgaben werden deshalb im Haushalt 2007 zusätzliche Mittel bereitgestellt.

Auf der Grundlage so zu gewinnender Erkenntnisse bei der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie sollen weitere Maßnahmen zur ökologischen Verbesserung der Gewässer ergriffen werden. Die Einnahmen aus der Abwasserabgabe werden dabei zielgerecht in einem entsprechenden Aktionsprogramm und in einem Investitionsprogramm eingesetzt. Der Emscherumbau und das Ökologieprogramm Emscher-Lippe sind herausragende Beispiele einer zukunftsorientierten Gewässerpolitik.

Dem Schutz vor Hochwasser mit möglichen Großschäden für Menschen, Umwelt und Industrie dient das bis 2015 reichende Hochwasserschutzkonzept. Der Haushalt 2007 sieht dafür aus EU-Mitteln, Landesmitteln und Mitteln der Abwasserabgabe eine Summe von 68,5 Millionen € vor. Das sind 4 Millionen € mehr als im laufenden Haushalt.

Feinstaubbelastungen über den EU-Richtlinienwerten beunruhigen regelmäßig die Bürgerinnen und Bürger in den Ballungsgebieten. Auch Lärm über EU-Werten verschlechtert die Lebensqualität. Zur Minderung dieser Belastungen werden effiziente Konzepte auf der Grundlage von Forschungen entwickelt. Forschungsmittel sind deshalb im Haushalt 2007 vorgesehen.

Auch der im Sommer dieses Jahres vereinbarte Dialog Wirtschaft und Umwelt dient dem gleichen Ziel, Frau Schulze. Er stärkt die Eigenverantwortung, fördert die Akzeptanz von Umweltschutz und macht diesen transparenter. Ein freiwilliges betriebliches Umweltmanagement führt zu weniger Bürokratie und weniger Kosten. Es ist ein Markenzeichen für eine moderne Betriebsführung. Durch umweltbewusstes Wirtschaften werden Image und Marktwert jedes Unternehmens gesteigert. Freiwilliges Umweltmanagement macht staatliche Verordnungen und zum Teil aufwendige Kontrollen überflüssig.

Der Förderung des Umweltschutzes dient auch der Stiftung Umwelt und Entwicklung. Hier sollen unter anderem Projekte der Umweltbildung, des Umweltschutzes und der Ressourcenschonung finanziell unterstützt werden. In diesem Zusammenhang ist im Haushalt 2007 besonders auf die Effizienz der eingesetzten Mittel für den beabsichtigten Zweck geachtet worden.

Die für den Naturschutz vorgesehenen Mittel sind gegenüber dem Haushalt 2006 um 1,2 Millionen € erhöht worden, da Naturschutzmaßnahmen in die neue ELER-Verordnung aufgenommen werden konnten. Durch den Vertragsnaturschutz stehen für das Programm „Ländlicher Raum“ 18 Millio-

nen € aus EU-Mitteln zur Verfügung. 850.000 € sind im Haushalt 2007 für die Verlängerung auslaufender Bewilligungen und für neue Flächen vorgesehen.

Trotz in Zukunft unzureichender EU-Mittel wird die heutige FFH-Ausgleichszahlung für Gebiete mit umweltspezifischen Einschränkungen bei vermindertem Prämiensatz fortgesetzt. Dafür sieht der Haushalt 2007 Landesmittel in Höhe von 1,7 Millionen € vor.

Zwischen den Landesgartenschauen in Rietberg 2008 und der Regionale 2010 könnte mit den Haushaltsansätzen mit Verpflichtungsermächtigungen im Jahre 2009 eine Naturparkschau stattfinden. Dadurch würde die Bedeutung der Naturparke für die regionale Lebensqualität unterstrichen.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Sehr gut!)

Die Vermarktung regionaler Produkte und der Tourismus würden dadurch ebenfalls gestärkt.

In den Biologischen Stationen wird seit Jahren in freier Trägerschaft für den Naturschutz und in der Umweltbildung bewusst und gut gearbeitet. Das Netzwerk dieser Stationen wird bei Akzeptanz ihrer Arbeit in der Öffentlichkeit bestehen bleiben. Im Haushalt 2007 sind Mittel in Höhe von 5,75 Millionen € vorgesehen. Der Haushaltsansatz stellt damit auch in Zukunft eine verlässliche Plattform für die Stationen dar.

Zum Schluss soll beim Naturschutz die Initiative „100 Alleen“ nicht unerwähnt bleiben. Hier wird die Neuanlage und Ergänzung von Alleen gefördert. Das Programm erfreut sich inzwischen breiter Unterstützung durch ehrenamtlichen Naturschutz, Landwirte, Grundbesitzer und Gemeinden. Bereits Anfang nächsten Jahres werden etwa 25 neu gepflanzte Alleen in unserem Land einen Beitrag zur Umwelt und zum Naturschutz leisten.

Ich komme zum Verbraucherschutz. Fleisch, mit dem nicht gehandelt werden kann, Zimtsterne und Räucherlachs – um nur einige Komplexe stichwortartig zu nennen – haben das Bewusstsein unserer Bürgerinnen und Bürger für einen starken Verbraucherschutz und ihre Forderung nach sicheren Lebensmitteln gestärkt. Diesen Ansprüchen wird der Haushalt 2007 durch Mittel für eine effiziente Lebensmittelkontrolle und eine intensive Lebensmittelüberwachung Rechnung tragen. Die Kontrolldichte muss nämlich gerade bei Lebensmitteln den möglichen Risiken folgen. So sind zum Beispiel Fleischprodukte, insbesondere Tiefkühlprodukte, häufiger zu kontrollieren als etwa Gemüsekonserven.

Die Einrichtung des neuen Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz stärkt den Verbraucherschutz. In Zukunft werden dort 130 Beschäftigte tätig sein, um Lebens- und Futtermittel zu überwachen. Das neue Landesamt übt die Fachaufsicht über Kreise und kreisfreie Städte aus. Moderne EDV-Technik sichert einen schnellen, landesweiten Datenaustausch. So werden in Zukunft Überprüfungen bei Verdachtsfällen zielgerecht und ohne Zeitverzug garantiert.

Gebündeltes Expertenwissen wird die Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit so steigern, dass der letzte Platz, den unser Land auf der Rangliste des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen im Jahr 2004 einnahm, endgültig der Vergangenheit angehört. Wir hoffen, dass wir dort in Zukunft einen Spitzenplatz einnehmen können.

Diesem Ziel kommt das Land durch Konzentration und Kooperation der Untersuchungsämter entsprechend dem erfolgreichen Pilotprojekt in Ostwestfalen-Lippe näher. Einrichtungen dieser Art mit modernster technischer Ausstattung und gebündelter Fachkompetenz sollen flächendeckend errichtet werden.

Die Zahl der Lebensmittelkontrolleure wird bis 2010 um 300 auf 600 erhöht. Eine Fachausbildung zum Lebensmittelkontrolleur wird durch einen neuen Ausbildungsgang gesichert. Im Haushalt 2007 sind 250.000 € für Umschulungsmaßnahmen eingestellt.

Begleitend soll zum Zwecke des Verbraucherschutzes durch die Novellierung des Informationsfreiheitsgesetzes in Nordrhein-Westfalen die Möglichkeit geschaffen werden, Verbrauchertäuschern in Zukunft durch Namensnennung schnell das Handwerk zu legen. Auch die finanzielle Unterstützung des Landes für das vom Handwerk neu eingerichtete Hygienezentrum in Münster dient der Sicherheit der Verbraucher.

Uns ist bewusst, dass wir bei den dargestellten Verbesserungen im Verbraucherschutz auf keinen Fall auf die erfolgreiche, kompetente Arbeit der Verbraucherzentrale verzichten können. Deshalb soll die institutionelle Förderung im Jahr 2007 auf dem bisherigen Niveau bleiben. Für die finanzielle Planungssicherheit der Verbraucherzentrale in Nordrhein-Westfalen sollen mit dem Ministerium Vereinbarungen getroffen werden.

Die Verbraucherinformation ist, wie gesagt, ein wesentliches Element des Verbraucherschutzes. Der vom Umweltministerium vorgelegte Verbraucherschutzbericht 2005/2006 kommt dem Informationsbedürfnis nach. Durch den Bericht werden die Entscheidungskompetenz und die Entschei-

dungssicherheit der Verbraucherinnen und Verbraucher gestärkt. Der Bericht steht den Interessierten kostenlos zur Verfügung.

Sie sehen an diesen Beispielen, dass Verbraucherpolitik, Umweltpolitik und Naturschutz bei uns in den besten Händen sind. Alle Bereiche werden finanziell durch die entsprechenden Etatposten im Haushalt 2007 in bestmöglicher Weise gefördert. Wir setzen den klaren Kurs unserer bisherigen Politik fort. Diese Politik der Nachhaltigkeit – eben auch der finanziellen Nachhaltigkeit – verpflichtet. In unserem Land wird auf diesen Feldern für die Menschen und mit ihnen zukunftssträchtige Politik gemacht. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Fasse. – Für die Grünen spricht nun Herr Kollege Rimmel.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei der Vorbereitung auf die heutige Plenardebatte habe ich mich gefragt: Was machen wir hier eigentlich? Genauer: Was machen Sie hier eigentlich? – Es ist Legende, dass die Debatten zur zweiten Lesung nicht gerade sprühend sind. Auch die mediale Aufmerksamkeit geht gegen null. In der Vergangenheit hat es den einen oder anderen Versuch gegeben, das zu straffen und zu ändern.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Aber darum geht es mir gar nicht, Herr Weisbrich. Mir geht es vielmehr um ein stilbildendes Verfahren, das die Koalitionsfraktionen hier eingeführt haben: Sie entziehen sich der fachlichen Debatte.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie haben die Diskussion in den Fachausschüssen ganz bewusst entwertet, indem Sie Ihre Änderungsanträge dort nicht zur Diskussion gestellt haben. Sie ordnen sich bewusst dem Diktat der Finanzpolitik unter, indem Sie fachliche Aspekte nicht zulassen, und Sie wollen damit die inhaltlichen und politischen Schwächen Ihrer Änderungsanträge kaschieren,

(Zuruf von der CDU)

wobei ich sagen muss, dass das Veränderungsvolumen bei Regierungsfractionen sowieso äußerst begrenzt ist. Aber Sie wollen über die inhaltlichen und politischen Schwächen Ihrer Anträge offensichtlich nicht diskutieren. Dann muss man eben dieses Forum nutzen, um offenzulegen,

welche Schwächen und politischen Verwerfungen es an dieser Stelle gibt.

Dabei sind die Veränderungen im Einzelplan 10 zu nennen, die eindeutig die Handschrift der FDP tragen. Es ist nicht so, dass der Haushalt des Ministers bisher ein Glanzstück wäre. Aber die FDP hat – und das kann ich nicht verstehen – mit Unterstützung der großen Regierungsfraction zusätzlich daran herumgefummelt, was verheerende Auswirkungen hatte. Es werden zusätzliche Unsicherheiten und Verwerfungen geschaffen. Das muss hier thematisiert werden.

Ich will das an drei Punkten benennen. Verunsicherung bei den Mitarbeitern der Biologischen Stationen: Herr Ellerbrock ist mit der Absicht angetreten – das muss jeder wissen; das erklärt er auch freimütig –, nicht um 10 %, sondern auf 10 % zu kürzen. Wo soll das denn enden? Er hat einen weiteren Schritt in diese Richtung getan, indem er bei den Biologischen Stationen 250.000 € weggenommen hat, obwohl der Minister versprochen hatte, dass in diesen Haushalt 6 Millionen € für die Biologischen Stationen eingestellt werden. Also wurden der Herr Minister und die große Regierungsfraction in den Senkel gestellt. Vor allem aber wurden die Mitarbeiter der Biologischen Stationen verunsichert, und das müssen wir hier zurückweisen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Aber auch bei der Feinstaubbekämpfung haben Sie herumgefummelt. Wir haben schon über das Gutachten diskutiert, das gemacht werden soll. Ich bin mir ziemlich sicher, dass, wenn wir demnächst über Umweltzonen im Ruhrgebiet reden, die Bedenken der FDP aufkommen werden: Wir haben ja dieses Gutachten; die allgemeinen Hintergründe der Feinstaubproblematik müssen geklärt werden, bevor wir handeln. – Das ist die Absicht, die da drüben in den Haushalt hineingefummelt worden ist und die Ihnen in Bezug auf den Feinstaub das Leben schwer machen wird. Auch das muss zurückgewiesen werden.

Besonders ist zu geißeln, wie Sie mit der Stiftung Umwelt und Entwicklung umgehen – wenn denn die Anträge, die Sie gestellt haben, Wirklichkeit werden sollten. Dass die FDP an dieser Stelle den Problemen, die damit verbunden sind, nicht gewachsen ist, dass sie nahezu in der Art von Kleinkindern „Pinkelförmchen-Politik“ betreibt, ist klar. Das unterstreicht noch einmal, dass Sie den Problemen des Landes, was die Größe, die Statur und die Weitsicht angeht, nicht gewachsen sind.

(Beifall von den GRÜNEN)

Was mich wütend macht, ist die Tatsache, wie Sie mit dem Ehrenamt in der Umweltbildung, der Naturbildung, der Eine-Welt- und Entwicklungspolitik umgehen. Wenn ich die Menschen sehe, die in den Eine-Welt-Läden stehen und sich für Projekte einsetzen, die dafür sorgen, dass Kinder und Jugendliche ein Gespür für Umwelt und Natur bekommen – das ist der Schwerpunkt dieser Stiftung –, wenn ich das alles vor Augen habe, dann komme ich zu dem Schluss, dass Ihr Vorgehen dieses Ehrenamt in den Dreck zieht. Das muss an dieser Stelle deutlich gesagt werden.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Dass Sie dieses Ehrenamt im Vergleich zu anderen Ehrenämtern, die Sie im Bereich Kultur oder Sport fördern, an der zweiten und dritten Stelle platzieren, muss politisch gegeißelt werden. Dem muss dieses Haus, meine Damen und Herren, widersprechen.

Aber nicht nur, dass sie das Ehrenamt in den Senkel stellen, muss thematisiert werden; sie stellen den Ministerpräsidenten als Vorsitzenden des Stiftungsrates, den stellvertretenden Vorsitzenden, Minister Uhlenberg, und Minister Laschet in den Senkel. Und das wissen Sie, Herr Ellerbrock.

Wir haben neulich – und damit wird es auch haushaltsrechtlich problematisch – in der Stiftungsrats-sitzung den Wirtschaftsplan geändert. Die Einnahmen sind deutlich rückläufig. Nicht mehr das, was mit 4 Millionen im Haushalt steht, ist zu erwarten, sondern nur noch 1,5 Millionen €. Mit den Stimmen des Ministerpräsidenten und der beiden Minister ist der Wirtschaftsplan für 2006 und 2007 angepasst worden. Und Sie stellen Haushaltsanträge auf der Basis von 4 Millionen €. Das ist unredlich, und das ist haushaltsrechtlich nicht in Ordnung. Spätestens an dieser Stelle hätte Ihnen der Finanzminister sagen müssen: Das geht so nicht!

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn es der Finanzminister nicht tut, muss es heute dieses Haus tun, meine Damen und Herren.

Nun, wie sieht die Politik generell im Haushalt bei Umwelt, Naturschutz und Verbraucherschutz aus? Was ist das herausragende Kennzeichen, wenn wir eine Generalbetrachtung anstellen? Wir müssen feststellen: Umweltschutzpolitik, Naturschutzpolitik, Verbraucherschutzpolitik werden in diesem Land nicht selbstbewusst, selbstbestimmt vertreten. Die Grundtendenz lautet vielmehr: Diese Politik wird in diesem Lande fremdbestimmt abgewickelt, meine Damen und Herren.

Herr Minister, persönlich werden Sie als höflich, bescheiden, menschlich, nett beschrieben; aber politisch – es tut mir leid, ich muss das an dieser Stelle sagen – haben Sie in Sachen Umwelt und Verbraucherschutz die Hosen einfach nicht an. Sie müssen das erfüllen, was andere wollen. Deshalb ist Ihre Politik an dieser Stelle fremdbestimmt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ein paar Beispiele habe ich eben genannt. Die FDP bestimmt, was bei den Biologischen Stationen passiert. Die FDP bestimmt, was im Bereich Agenda 21 passiert, die FDP bestimmt, was mit der Stiftung Umwelt und Entwicklung passiert.

Aber es geht noch weiter: In puncto Verwaltungsreform – da wurde Ihnen die halbe Zuständigkeit weggenommen; es gibt faktisch im untergeordneten Bereich kein Umweltministerium mehr – bestimmt Herr Palmen und nicht Sie die Politik dieses Landes.

Oder wenn es um die Frage der Lebensmittelkontrolle geht: 300 neue Kontrolleure sollen kommen. Das hat Herr Rüttgers Ihnen ins Stammbuch geschrieben. Sie müssen es umsetzen. Weil Sie auf Ihrem Parteitag keine Botschaft hatten, hat Herr Rüttgers gesagt: Okay, dann stellen wir 300 zusätzliche Kontrolleure ein.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie sind ja schon bei dem Versuch, das auf der Bundesebene über Gebühren zu finanzieren, auf den Bauch gefallen. Und im Haushalt steht kein Konzept, wie Sie diese 300 Kontrolleure tatsächlich für zusätzliche Kontrollen einsetzen, wie sie für mehr Kontrollen sorgen sollen.

Es geht weiter: Beim Thema Ekelfleisch bestimmt die Fleischwirtschaft. Beim Thema Zimtsterne werden Ihnen die Grenzwerte, die Sie dann entsprechend festgesetzt haben, von der Süßwaren-wirtschaft diktiert, und Sie verkünden sie dann.

Beim Dialog „Umwelt und Entwicklung“ führt Ihnen der VCI die Feder. Bei der sogenannten Forstreform haben Sie sich von den Ideen der Beamten Ihres Hauses offensichtlich einwickeln lassen. Sie agieren auch da nicht selbstbestimmt, sondern fremdbestimmt.

Meine Damen und Herren, diese Liste ließe sich fortsetzen, zum Beispiel mit der konkreten Übertragung der Tierseuchenkasse, die maßgeblich von der Kammer und den Landwirtschaftsverbänden betrieben worden ist. Immerhin handelt es sich um einen Haushaltsabsatz von 20 Millio-

nen € Auch da wurde Ihnen von außen diktiert, was Sie letztlich umsetzen.

Meine Damen und Herren, ich komme auf die Frage vom Anfang zurück: Was sollten wir heute tun? Wir sollten heute dem Minister an dieser Stelle vielleicht helfen. Wir sollten den Einzelplan 10 ablehnen und zurücküberweisen, damit er neu geschrieben wird, damit es eine bessere Politik für die Umwelt, für den Verbraucherschutz und den Naturschutz gibt. Dazu bitte ich um Ihre Unterstützung. – Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Remmel. – Für die FDP spricht nun Herr Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn man die Debatte verfolgt, macht man folgende Beobachtung:

Die Kollegin aus der CDU, Frau Fasse, hat aufgezeigt, wie mit dem Haushalt umgegangen wird, wie sich die einzelnen Positionen verteilen.

Die Kollegin von der SPD, Frau Schulze, spricht von Horrorszenarien: Wir geben viel zu wenig Geld aus. Wir müssen da und dort mehr ausgeben.

Dem schließt sich von der Struktur her letztendlich in großen Teilen – in anderen Teilen nicht; darauf komme ich gleich – der Kollege Remmel von den Grünen an.

Meine Damen und Herren, haben Sie eigentlich vergessen, was Sie hinterlassen haben? 113 Milliarden € Schulden!

(Beifall von FDP und CDU – Lachen und Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Dass wir täglich 13 Millionen € Schulden zurückzahlen müssen, das ist für Sie witzig, darüber können Sie lachen. Das sind die Rahmenbedingungen. Das ist die Finanzschuttdeponie eines finanziellen Bankrotteurs von SPD und Grünen, die uns das hinterlassen haben.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

– Das mag Ihnen nicht passen, da mögen Sie brüllen. Das sind aber die Tatsachen, und das wissen die Bürger: Sie sind die Bankrotteure, die dieses Land überschuldet hinterlassen haben.

(Beifall von der FDP)

Sie haben jegliches Recht auf Kritik an finanziellen Einsparungen verwirkt, weil Sie über Jahre – allein die letzten fünf Jahre mehr als 30 Milliarden € – zusätzliche Schulden zur Klientelbefriedigung gemacht haben, meine Damen und Herren. Das ist eigentlich die Bankrotterklärung, die Sie weiterführen.

(Beifall von der FDP)

Der nächste Punkt: Sie bemängeln derzeit unter anderem, dass es den Dialog Wirtschaft und Umwelt gibt, ohne sofort die für Sie so maßgeblichen Umweltverbände einzubeziehen. Ja, die Umweltverbände sind für uns auch wichtige Gesprächspartner. Aufgrund der eben dargestellten finanziellen Überschuldung des Landes, die Sie, und zwar sehenden Auges, hinterlassen haben, ist es notwendig, dass man sich in Erinnerung ruft: Bevor ich etwas ausbebe, muss ich einen Umsatz haben; ich muss einen Verdienst haben; ich muss Steuern zahlen können. Und dann kann ich als Staat Geld ausgeben.

Es ist eine wichtige Aufgabe, zu der die FDP zusammen mit der CDU eindeutig steht, gerade im Dialog Umwelt und Wirtschaft erst einmal das Vertrauen aufzubauen, das Sie über Jahre sträflich vernachlässigt, ja sogar zerstört haben.

(Beifall von FDP und CDU)

Das ist der Grund, warum unsere Politik davon ausgeht zu sagen: Keinen nordrhein-westfälischen Sonderweg der wirtschaftlichen Belastungen mehr! Die Vorgaben aus Berlin und Brüssel werden eins zu eins umgesetzt. Wir wollen nicht die Belastbarkeit der Wirtschaft auf den Prüfstand stellen. Das hat der „rote Jochen“ in Schleswig-Holstein schon einmal versucht und ist jämmerlich gescheitert. Deswegen hat er ja seinen Lebensabend auch in Österreich verbracht.

(Zuruf von Hans-Theodor Peschkes [SPD])

Der nächste Punkt: Verbraucherschutz, Verbraucherzentrale. Ja, auch die Verbraucherzentrale muss wie alle anderen Bereiche Einsparungen hinnehmen. Wir wollen eine flächendeckende Verbraucherberatung haben, aber nicht an jedem Ort zu jeder Zeit. Da wird es Einschränkungen geben müssen. Die Verbraucherzentrale ist gerade dabei, ihr System aufzubauen.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Jetzt kommt wieder die Mär über die Biologischen Stationen. Ja, die Biologischen Stationen werden dieses Jahr wahrscheinlich 300.000 € weniger bekommen. Das ist richtig. Dazu stehen wir auch. Das, was wir hier einsparen wollen, wollen wir in

anderen Bereichen zusätzlich ausgeben, zum Beispiel in dem vom Kollegen Rimmel ange-mahnten Bereich der Untersuchung der Feinstaubproblematik. Da unterscheiden wir beide uns, Herr Kollege Rimmel. Wir sagen: Solche Probleme bedürfen einer vernünftigen, fundierten Beurteilung, um dann handeln zu können. Das ist anders als „Management by Hektik“ oder „Management by Announcement“. Sie kündigen aus dem Bauch heraus große Maßnahmen wie zum Beispiel Fahrverbote an; das Handeln sieht gegebenenfalls anders aus.

Herr Kollege Rimmel hat das Mikrofon schon gerichtet und möchte gerne eine Frage stellen.

Vizepräsident Edgar Moron: Ich frage ihn gerne. Ich hatte nicht den Eindruck, dass Sie so ganz begeistert sind.

Holger Ellerbrock (FDP): Doch.

Vizepräsident Edgar Moron: Sie müssen das wissen.

Holger Ellerbrock (FDP): Kollege Rimmel hat doch eben eindeutig gesagt, wir würden uns der Diskussion entziehen. Wir diskutieren gern!

Vizepräsident Edgar Moron: Jetzt wollen wir beide nicht diskutieren. Geben wir Herrn Rimmel die Gelegenheit, eine Frage an Sie zu stellen. – Bitte schön.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Schönen Dank. Ich glaube, was die gegenseitige Freundlichkeit bei Fragen angeht, tun wir uns nichts.

Ich würde gerne fragen wollen, wenn Sie schon so forsch bei der Feinstaubproblematik vorangehen wollen, ob Sie den Minister unterstützen, wenn im nächsten Jahr die Einrichtung von Umweltzonen im Raum Rhein-Ruhr ansteht. Das müsste dann die Folge Ihres Engagements sein, wie Sie gerade versucht haben, uns näherzubringen.

Holger Ellerbrock (FDP): Da Sie ja Schriftsteller, Herr Rimmel: Sie haben gesagt, Sie würden fragen. Fragen Sie nun oder fragen Sie nicht? – Ich nehme das erstens einmal als konkrete Frage auf.

Zweitens. Wir unterstützen selbstverständlich den Minister in einer klugen, nachvollziehbaren und zielorientierten Umweltpolitik. Ob das jetzt sofort mit Umweltzonen und Fahrverboten zu regeln sein wird, ist zu fragen. Deswegen werden wir erst einmal diese Untersuchungen machen, Herr Kol-

lege. Ja, genau das: Wir denken zuerst und handeln dann, statt erst zu handeln und dann zu denken.

(Beifall von FDP und CDU)

Das ist der Unterschied. Das muss doch einmal deutlich werden, Herr Kollege.

(Zuruf von Johannes Rimmel [GRÜNE])

Deswegen freue ich mich doch immer über die Fragen, denn da können wir gut miteinander umgehen.

Zurück zu den Biologischen Stationen, die weniger Geld bekommen werden! Das Konzept der Biologischen Stationen mag richtig sein; es fußt auf einem Konzept mit 20 Biologischen Stationen im Land. Derzeit haben wir 42 Biologische Stationen. In den letzten Jahren, mit der verschleierte Finanzierung 2005 für bestimmte Projekte, haben die Biologischen Stationen noch gar keinen Sparbeitrag geleistet. Das kommt jetzt.

Natürlich werden wir jetzt darüber diskutieren – die ersten Ansätze zu einer neuen Strukturierung tauchen am Horizont auf – und müssen uns mit der Funktion der Biologischen Stationen auseinandersetzen. Für mich ist völlig klar, dass wir die Aufgaben definieren müssen. Welches erhebliche Landesinteresse kann durch Biologische Stationen befriedigt werden? Welche Aufgaben sind zwingend, sind notwendig, sind wünschenswert usw.? Dann müssen wir die Leistungen definieren, und dann müssen wir, wie das üblich ist, die entsprechenden Leistungen natürlich ausschreiben.

Da haben die Biologischen Stationen, gerade wenn sie erfolgreich vor Ort Identifikationen erreicht haben, erhebliche Führungsvorteile. Dann können die Biologischen Stationen natürlich auch zum Zuge kommen. Dabei müssen wir allerdings aufpassen, dass die Biologischen Stationen denjenigen die Arbeit nicht wegnehmen, die Steuern zahlen, die sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in ihren Reihen ausbilden und beschäftigen.

Und Ihre Argumentation zum Ehrenamt, Herr Kollege Rimmel: Ehrenamt heißt für mich, um der Sache willen und nicht um des Geldes willen tätig zu sein. Das ist etwas völlig anderes.

(Svenja Schulze [SPD]: Das sind doch auch Pflichtaufgaben!)

Sie setzen natürlich in Ihrem Denkgebäude, das Sie die letzten Jahre verwirklicht haben, Ehrenamt mit staatlichem Alimentationsanspruch gleich; ich glaube, dass das bei Ihnen so ist. Aber das trifft

auf CDU und FDP nicht zu. Das muss man deutlich sagen.

(Zuruf von Svenja Schulze [SPD])

Dann kommt wieder die Argumentation: Landwirtschaftskammern. Ich glaube, Frau Schulze, Sie waren es. – Ja, auch wir als FDP stehen zu den Landwirtschaftskammern als eigenverantwortliche Selbstverwaltung.

(Svenja Schulze [SPD]: Dazu habe ich kein einziges Wort gesagt!)

– Dann war es Herr Kollege Remmel.

Vizepräsident Edgar Moron: Kollege Ellerbrock, Ihr Partner Remmel hat schon wieder eine Frage. Gestatten wir sie ihm?

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Kollege Remmel, gerne.

Vizepräsident Edgar Moron: Dann setzen wir mal den Dialog fort.

Holger Ellerbrock (FDP): Indikativ oder Konjunktiv?

Johannes Remmel (GRÜNE): Diesmal bleibe ich beim Indikativ. Wären Sie so freundlich,

(Heiterkeit – Holger Ellerbrock [FDP]: Handeln und reden ist ein Unterschied!)

dem Hohen Hause zu erklären, wie – im Indikativ, tatsäch – die konkreten Mittel der Zuweisung für das Ehrenamt im Bereich des Sports, der Kultur und der Wohlfahrt aussehen?

Holger Ellerbrock (FDP): Ich will jetzt nicht auf die Diskussion der Oddset-Wetten eingehen. Auf Ihre grundsätzliche Frage gehe ich natürlich gerne ein. Aber wir wollen auch auf die Stiftung Umwelt und Entwicklung kommen. Ich sage eindeutig: Nach dem, was Sie in den letzten Jahren in der Stiftung Umwelt und Entwicklung beschlossen haben, deren Ansehen Sie in der Öffentlichkeit heruntergefahren haben, ist jeder Euro in der Stiftung Wohlfahrtspflege zugunsten alter oder behinderter Menschen und benachteiligter Jugendlicher besser aufgehoben als in dieser Stiftung. Das muss man ganz deutlich sagen.

(Beifall von der FDP)

Herr Kollege Remmel, ich dachte mir ja schon, dass so etwas kommt. Ich will nur aus dem Jahre 2005 krude Projekte, die Sie mit Ihren Stimmen und den Stimmen der SPD durchgesetzt haben,

nennen: zum Beispiel die Sichtung des Archivs der Antipartheidbewegung und Erstellung einer Ausstellung, Gesamtkosten 280.000 € Dazu muss man einmal sagen: Mit dem Projekt soll die Geschichte der deutschen Antipartheidbewegung – nicht der in Südafrika; der deutschen! – archiviert und aufgearbeitet werden. Da hat sich nämlich noch keine Sau drum gekümmert, weder eine Universität hat ein Interesse daran gehabt noch irgendein Geschichtsverein. Aber daran haben ein paar Leute ein Interesse, und die sollen jetzt mit dieser Stiftung finanziert werden. Das soll gemacht werden. – Und die graue Literatur, die überhaupt niemanden interessiert, wird mit 288.000 € gefördert.

Meine Damen und Herren, meine Redezeit reicht dafür nicht aus, aber ich würde gern eine Plenardebatte darüber führen. Ich würde auch gern aus den Jahren 2003, 2004 und 2005 die Projekte nennen. Also Vorsicht an der Bahnsteigkante! Jeder Euro für solche Projekte ist bei der Stiftung Wohlfahrtspflege wesentlich besser aufgehoben. Das muss man einmal festhalten.

(Beifall von der FDP)

Da ich weiß, dass die Kollegen ja auch noch reden, will ich mir für die zweite Runde noch ein bisschen Redezeit aufheben. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und werde gleich den Dialog gerne fortsetzen. – Schönen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Wir setzen die Debatte fort. Herr Minister Uhlenberg hat das Wort.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die früheren Regierungsfractionen haben immer sehr viel von Nachhaltigkeit gesprochen. Nur, in der Finanzpolitik hat diese Nachhaltigkeit nicht stattgefunden. Das hat ja in den vergangenen Jahren, im vergangenen Jahrzehnt, auch dazu geführt, dass sie Nordrhein-Westfalen vor die Wand gefahren haben, dass nichts mehr lief, dass dieses Land hoch verschuldet ist und dass es die Aufgabe der neuen Landesregierung ist, eine neue Politik zu machen.

(Beifall von CDU und FDP)

Dafür hat diese Koalition bei der Landtagswahl am 22. Mai 2005 über 50 % der Stimmen bekommen. Das ist auch einer der maßgeblichen

Gründe, weshalb Sie abgewählt worden sind, nämlich weil die Menschen in Nordrhein-Westfalen es spürten, dass es mit diesem schönen und wichtigen Land Nordrhein-Westfalen so nicht weitergeht.

Jetzt haben wir uns in Nordrhein-Westfalen an die Arbeit gemacht: in allen Bereichen, auch im Einzelplan 10. Jetzt gibt es gestern und heute hier das Ritual, dass alle Einsparungen beklagt werden.

Aber, meine Damen und Herren, wenn wir nicht sparen würden, dann hätte Nordrhein-Westfalen keine Perspektive. In jedem Einzelplan wird gespart, bei dem einen mehr und bei dem anderen weniger, das gebe ich gerne zu. Ich sage auch, dass die 50 Millionen €, die im Einzelplan 10 gespart werden, schon eine besondere Kraftanstrengung für das Umweltministerium bedeuten. Aber wir sind das Ministerium für Nachhaltigkeit im Bereich der Umwelt- und der Naturschutzpolitik, und wir tragen auch durch unsere Finanzpolitik dazu bei, dass eine nachhaltige Finanzpolitik insgesamt in Nordrhein-Westfalen möglich ist.

Deswegen hat das natürlich Auswirkungen auf die verschiedenen Bereiche des Einzelplans 10. Das gebe ich gerne zu; wir wollen auch gar nicht drum herum reden. Es ist in der Tat so, dass die Schwerpunkte auch anders gesetzt werden, als es früher der Fall war. Auch das haben wir vor der Landtagswahl angekündigt, und das setzen wir jetzt konsequent um.

Aber, meine Damen und Herren, zur Wahrheit gehört auch, dass es bei uns trotz notwendiger Einsparungen in keinem Bereich zu Zusammenbrüchen gekommen ist und auch nicht dazu, dass dort, wo es notwendig ist und sinnvoll ist, insbesondere bei einer aktiven Umweltpolitik, bei einer aktiven Naturschutzpolitik und bei einer aktiven Verbraucherschutzpolitik, in unserem Bundesland notwendige Aufgaben nicht mehr finanziert werden könnten.

Bei den Reden der Oppositionsfraktionen, von der Frau Abgeordneten Schulze und vom Abgeordneten Rimmel, habe ich gerade auch – ich habe gut zugehört – nicht gehört, dass über diese allgemeine Entrüstung über die so schlimmen Kürzungen hinaus an irgendeiner Stelle gesagt worden ist: Hier bricht jetzt irgendetwas zusammen, und hier läuft nichts mehr.

Ich will das doch noch einmal an den Biologischen Stationen deutlich machen. Sie haben zu Ihrer Regierungszeit dort gekürzt. Rot-Grün hat bei den Biologischen Stationen gekürzt. Jawohl, wir haben auch gekürzt. Aber es kann doch nicht sein, dass

Sie das heute kritisieren und die damaligen Kürzungen bei den Biologischen Stationen als etwas Normales angesehen werden.

(Beifall von CDU und FDP)

Das kann doch nicht sein, und das trägt doch auch nicht.

(Svenja Schulze [SPD]: Sie kürzen die Substanz weg!)

Die ganze Alternativlosigkeit zur Politik dieser Landesregierung in diesem großen Bereich der Umwelt-, Naturschutz- und Verbraucherschutzpolitik wird doch auch daran deutlich, dass die Sozialdemokraten nicht einen einzigen Antrag gestellt haben. Meine Damen und Herren, wenn es brennen würde und wenn man die Alternativen in diesem großen Umwelt- und Verbraucherschutzministerium beim Einzelplan 10, wo in der Tat auch bei der einen oder anderen Position gespart wird, deutlich machen würde, sähe das anders aus.

Ich war ja selber 20 Jahre lang Oppositionsabgeordneter und kenne auch alle Höhen und Tiefen und die Überlegungen, wie man sich gerade bei Haushaltsplanberatungen verhalten soll: Stellt man Anträge? Stellt man keine Anträge? Das ist immer ein großes Thema, weil natürlich diese Anträge von der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen werden. Aber wie will man denn in den einzelnen Bereichen Alternativen entwickeln, wenn man bei den Haushaltsplanberatungen noch nicht einmal Anträge stellt? Das ist in der Tat ein großes Problem.

Bei aller Bedeutung der Beiträge glaube ich, dass man wirklich unter dem Strich sagen kann: Diese Landesregierung und diese beiden Koalitionsfraktionen sind in den wichtigen Themen des Umweltschutzes, des Verbraucherschutzes, der Naturschutzpolitik in Nordrhein-Westfalen auch im Jahre 2007 auf einem guten Weg. Das gilt auch für den Hochwasserschutz und für den Deichbau.

Ich will einmal die Palette der Bereiche nennen, für die wir genügend Geld zur Verfügung stellen, auch wenn wir natürlich noch mehr gebrauchen könnten. Ich nenne den Hochwasserschutz, die Altlastensanierung und die Überwachung von 16.000 immissionsschutzpflichtigen Betrieben. In das Thema Feinstaubbekämpfung kommt doch jetzt auch im Ruhrgebiet richtig Dynamik hinein. Wir stellen mehr Geld für die Feinstaubbekämpfung zur Verfügung, als das in früheren Jahren der Fall war.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie ist Sache der Kommunen, aber wir unterstützen sie dabei, dass sie dieses wichtige Umweltthema in die Hand nehmen. Wir sind für Augenmaß und Fortschritt bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie und bei der Förderung der ländlichen Räume. Natürlich gibt es, weil wir weniger Geld von der Europäischen Union bekommen, in den Grünlandregionen bei einem Förderprogramm weniger Geld. Aber insgesamt fließt in den nächsten Jahren mehr Geld in die Grünlandregionen, weil es zu Umschichtungen kommt.

Der Aufbau von starken Clustern der Ernährungswirtschaft und der Forst- und Holzwirtschaft ist wichtig. Alleine von der Ernährungswirtschaft hängen in Nordrhein-Westfalen 400.000 Arbeitsplätze ab. Dieses Cluster ist wichtig; wir bringen es voran.

Im Bereich der Holzwirtschaft gibt es 270.000 Arbeitsplätze. Wir führen die Forstreform durch. Ich weiß nicht, ob der Abgeordnete Rudolph hier im Saal ist. Heute steht in einer Zeitung, dem „Patriot“, dass alle Forstämter in Nordrhein-Westfalen geschlossen würden. Diese Zeitung wird auch in meiner Heimatregion Rütthen verkauft. Meine Damen und Herren, das Forstamt Rütthen bleibt. Sie sind in dieser Frage so weit von der Rolle, dass Sie einfach Presseerklärungen produzieren und über das Land streuen, die mit den Fakten überhaupt nichts zu tun haben. Sie erklären den Menschen, die Forstämter würden geschlossen, obwohl sie erhalten bleiben. So alternativlos und so wenig inhaltsreich ist die Position der Opposition in dieser Frage.

(Zuruf von der FDP: Typisch!)

Zu den Verbraucherzentralen! Akzeptieren Sie es doch einmal, meine Damen und Herren: Wenn die Verbraucherzentralen im Jahre 2007 für die Förderung der Verbraucherberatung vor Ort den gleichen Betrag bekommen wie im Vorjahr, wir im Einzelplan 10 insgesamt aber 50 Millionen € streichen, dann können Sie doch nicht davon sprechen, dass die Verbraucherschutzpolitik in Nordrhein-Westfalen auf der Strecke bleiben würde.

Die Frage der Umwelt- und der Naturschutzmaßnahmen hat einen hohen Stellenwert. Auch in diesem Bereich wird im nächsten Jahr mehr Geld ausgegeben; es wird nicht gekürzt. Wir haben sehr schnell gehandelt, als es in den letzten Monaten um PFT ging. Wir haben sofort 700.000 € bis zu 1 Million € zur Verfügung gestellt, um diese – wenn ich das einmal so sagen darf – Umweltsauerei in den Griff zu bekommen. Und wir haben sie in den Griff bekommen.

(Beifall von der CDU)

Kommen wir zur Landesgartenschau. Es ist doch eine tolle Sache, dass im Jahre 2008 in Rietberg eine Landesgartenschau stattfinden wird,

(Beifall von CDU und FDP)

die jetzt, im Jahr 2007, anfinanziert wird. Ich habe heute Morgen auf dem Weg nach Düsseldorf im Radio gehört, dass sich bis jetzt schon 10.000 Menschen gemeldet haben, die eine Dauerkarte für diese Landesgartenschau haben wollen.

(Beifall von CDU und FDP)

Das hat es noch nie gegeben. Herr Abgeordneter Remmel, ich kann mich noch gut daran erinnern, dass die Grünen gegen diese Landesgartenschau gestimmt haben. Sie sollten noch einmal in sich gehen und sich fragen, ob das wirklich das ist, was die Menschen in Nordrhein-Westfalen wollen.

Wir tun mehr für neue Chancen aus erneuerbaren Energien, zum Beispiel aus Biomasse, im Bereich der Landwirtschaft.

(Zuruf von der SPD: Zählen Sie einmal die Veranstaltung dazu: Eine!)

Wir tun auch mehr im Bereich der Umweltbildung. Wir geben 300.000 € mehr für die Feinstaubproblematik aus; das will ich noch einmal deutlich sagen, weil das eben etwas untergegangen ist. Wir erhöhen die Ausgaben für Naturparke. Die Naturparke machen ungefähr 30 % der Landesfläche in Nordrhein-Westfalen aus; wir wollen sie stärker fördern, indem sie 1 Million € mehr bekommen.

Wir werden für die Lebensmittelkontrolle zusätzliche 350.000 € ausgeben. Und wir stellen 250.000 € für die Ausbildung von Lebensmittelkontrolleuren zur Verfügung, um das große Ziel der Landesregierung zu erreichen, bis zum Jahre 2010 die Zahl der Lebensmittelkontrolleure zu verdoppeln.

Herr Abgeordneter Sendker, ich möchte mich bei Ihnen sehr herzlich für Ihren Einsatz für die Kleingärtner in Nordrhein-Westfalen bedanken.

(Beifall von der CDU)

Auch für die Kleingärtner werden 250.000 € zur Verfügung gestellt.

(Svenja Schulze [SPD]: Sie streichen und tun wieder etwas drauf! Das ist doch echt unverschämt!)

In all diesen Bereichen hat es keine Anträge der Opposition gegeben – auch nicht bei den Kleingärtnern. Deswegen ist es gut, dass die alten An-

sätze in etwa erhalten geblieben sind und dass das Gutachten auf den Weg gebracht werden kann, wie die Kleingartenanlagen in Nordrhein-Westfalen in Zukunft ausgerichtet sein sollen. Das ist dann auch die Grundlage für eine neue Förderung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich etwas zur Stiftung Umwelt und Entwicklung sagen. Gestern und heute ist über dieses Thema schon viel diskutiert worden. Ich teile die Kritik an manchen Projekten der Vergangenheit. Ich halte diese Stiftung aber weiter für wichtig und hilfreich, um künftig Umweltbildung und Umweltschutz, die in der Mitte der Gesellschaft verankert sind, zu fördern.

Was die Unterstützung für diese Stiftung angeht, unterscheiden wir uns sicherlich von der einen oder anderen Aktion der vergangenen Jahre. Ich bin fest davon überzeugt, dass mit Karl Lamers und dem neuen Vorstand die Gewähr für vernünftige Projekte gegeben ist. Die neue Stiftungsleitung verdient unser Vertrauen. Ich muss die Entscheidung des Parlaments für das Jahr 2007 respektieren. Die neue Leitung dieser Stiftung handelt. Die Personalkosten werden vermindert.

(Svenja Schulze [SPD]: Die Stiftung hat schon niedrige Kosten!)

Das setzt, wie ich denke, nicht nur für die Stiftung Umwelt und Entwicklung, sondern auch für andere Landesstiftungen in Nordrhein-Westfalen Maßstäbe. Neue Finanzquellen müssen erschlossen werden. Das ist richtig und verdient auch meine Unterstützung. Ich halte aber auch künftig ein deutliches Engagement des Landes bei dieser Stiftung für unerlässlich. Das macht den Bürgern und Unternehmen, die sich hier verstärkt einsetzen wollen, deutlich, dass auch uns diese Arbeit wichtig ist.

Ich vertraue auf die Zusagen der Koalition, dass wir im Zusammenhang mit der Neuausrichtung aller Stiftungen in Nordrhein-Westfalen – vom Rückgang der Oddset-Wette ist eben nicht nur die Stiftung Umwelt und Entwicklung betroffen, sondern auch die NRW-Stiftung und andere – die Zeit Anfang des Jahres 2007 nutzen, um ein Gesamtkonzept für die Stiftungen in Nordrhein-Westfalen zu entwickeln, damit sie gerade vor dem Hintergrund des für die Stiftungen geschaffenen Fundamentes eine gute Arbeit im Interesse der Menschen unseres Bundeslandes Nordrhein-Westfalen leisten können. – Ich bedanke mich sehr herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister Uhlenberg. – Für die SPD-Fraktion hat jetzt Frau Watermann-Krass das Wort.

Annette Watermann-Krass^{*)} (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst zu meinen Vorrednern. Herr Ellerbrock, Sie geben hier ja immer die Haltungsnoten ab. Ich würde sagen: Jetzt haben unsere Bürgermeister und Landräte, die sich bei uns über die Kürzungen bei den Biologischen Stationen in massiver Form beschwerten, endlich eine Adresse, an die sie sich wenden können, wenn sie ihre Sorgen in dieser Sache loswerden wollen.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Gerne!)

Herr Uhlenberg, zu unseren fehlenden Anträgen ist eigentlich nur zu sagen: Das ist mit ein paar Anträgen gar nicht zu machen. Sie können uns bei diesem Haushalt, der an vielen Ecken, auch in Ihrem Bereich, nicht erkennen lässt, in welche Richtung das gehen soll – ich denke da vor allen Dingen an die Reformen im Verwaltungsbereich und an die Forstreform –, nicht abverlangen, dass wir mit Anträgen kommen; denn das ist von der Grundaussrichtung her schon nicht richtig.

Ich möchte darauf kommen, wie Sie reden, wie Sie handeln, wie Sie täuschen und wie Sie auch enttäuschen. Ich möchte Sie mit Ihren eigenen Worten aus dem Fachausschuss vom 20. September 2006 zitieren:

Mein Leitbild ist das vitale Nordrhein-Westfalen. Ich setze auf ein gesundes, umweltbewusstes Nordrhein-Westfalen mit einer starken, nachhaltigen Wirtschaft.

(Beifall von CDU und FDP)

Das hört sich zunächst gut und richtig an. Aber Frau Schulze und Herr Rimmel haben bereits darauf hingewiesen, dass die politische Umsetzung dieser Aussagen anders aussieht.

Sie haben kein Konzept beim Klimaschutz. Sie haben keine Antwort auf die steigenden Energiekosten. Sie gewährleisten keinen ausreichenden Verbraucherschutz. Sie kürzen bei den Biobauern und bei den Milchbauern. Sie streichen wichtige Förderbausteine bei Agrarumweltmaßnahmen wie bei der Festmistwirtschaft oder der Weidehaltung von Milchvieh. Das tun Sie, obwohl jetzt mehr Geld als angedacht da ist, um dies zu unterstützen.

Sie schichten um und nutzen diese Steuergelder, um in die Massentierhaltung zu investieren, statt

damit Arbeitsplätze und Wertschöpfung im ländlichen Raum zu erhalten.

Die Kürzungen bei den Mitteln zur nachhaltigen Entwicklung im Rahmen der Agenda-21-Prozesse und – das haben wir eben schon erwähnt – bei den Biologischen Stationen treffen vor allem Menschen im Lande, die sich – insbesondere im Ehrenamt – für ein gesundes und nachhaltiges Land Nordrhein-Westfalen einsetzen.

Durch die 41 Naturschutzstationen werden 100.000 ha Naturschutzgebietsfläche – das entspricht zwei Dritteln der Gesamtfläche – betreut. Herr Uhlenberg, die Naturschutzstationen übernehmen doch Aufgaben, zu denen das Land nach EU-Richtlinien verpflichtet ist. Sollen diese Dinge denn demnächst auch nur ehrenamtlich gemacht werden?

Besonders bitter ist auch die im Land Nordrhein-Westfalen begonnene Forstreform.

(Beifall von der SPD)

Abgesehen von den vielen handwerklichen Fehlern, wie zum Beispiel dem nicht mehr einzuhaltenden Zeitrahmen, haben Sie bei dieser Reform nur die Kostenersparnis, also den Personalabbau beim Landesbetrieb Wald und Holz, vor Augen. Wir haben das bei der Anhörung von der Firma Pollmeier vernommen:

Durch den Abbau von 148 Stellen kann die Menge des benötigten Rohstoffes Holz nicht in dem Umfang aus den Kleinstwäldern

– und das ist der Großteil unserer Wälder – mobilisiert werden.

Die Holzindustrie rechnet Ihnen also vor, dass Sie, wenn Sie den geplanten Personalabbau umsetzen, zwar in vier Jahren 100 Millionen € sparen, dem Land Nordrhein-Westfalen durch die geringere Holzmobilisierung aber ein wirtschaftlicher Schaden von bis zu 150 Millionen € jährlich droht. Das können Sie nachlesen.

Herr Uhlenberg, im Hinblick auf Ihren Eingangssatz „Ich setze mich für eine starke, nachhaltige Wirtschaft ein“, sage ich Ihnen: Stoppen Sie die Umsetzung der Forstreform! Geben Sie dem Landesbetrieb Wald und Holz die Chance, diese Potenziale zu realisieren. Jedes erfolgreich handelnde privatwirtschaftliche Unternehmen würde angesichts dieser Marktsituation nicht über Kosteneinsparungen nachdenken, sondern in zusätzliches Personal investieren, um diese Wirtschaftskraft für unser Land zu nutzen.

Mit dem gleichen einfalllosen Kostenkonzept gehen Sie an die Zusammenlegung der Umweltäm-

ter. Dazu möchte ich eine Aussage des Experten Prof. Bogumil von der Universität Bochum aus der Anhörung zitieren:

Die Reform ist nicht sachlich angegangen worden, sondern rein politisch. Die Regierung will sich vor allem von den Ideen der Vorgänger abheben und hört nicht auf uns Fachleute aus ganz unterschiedlichen Bereichen. Wir sind fast alle gegen den eingeschlagenen Weg.

An anderer Stelle heißt es:

Die geplante neue Behördenstruktur entlastet erst einmal den Landeshaushalt nicht. Das liegt vor allen Dingen an den teuren und aufwändigen Zwischenlösungen.

(Beifall von der SPD)

Unser Fazit lautet daher: Das ist keine nachhaltige und an den Zukunftsfragen ausgerichtete Umweltpolitik. Ein vitales Land Nordrhein-Westfalen sieht anders aus. Deswegen lehnen wir den Haushalt und den Einzelplan 10 ab. – Danke schön.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Watermann-Krass. – Jetzt hat für die CDU-Fraktion Herr Kollege Orgies das Wort.

Friedhelm Orgies (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der mir verbleibenden Zeit möchte ich auf einige von meinen Vorrednern erwähnte Punkte, die mir im Gedächtnis geblieben sind, eingehen.

Meine Kollegin Marie-Luise Fasse hat zum Haushalt sehr detailliert ausgeführt, wo wir im Jahr 2007 hinwollen. Bei den Reden von Rot und Grün ist mir heute aufgefallen, dass sie ein gewisses Feindbild zu haben scheinen. Dieses Feindbild wird geprägt durch die Landwirte im Allgemeinen und die der Landwirtschaft nahestehenden Organisationen, wie zum Beispiel die Kammer, im Besonderen. Das wundert mich.

Bei Ihren Kürzungsvorschlägen überbieten Sie sich geradezu mit Kürzungen bei der Kammer, die Sie nicht sehr lieben. Gleichzeitig beklagen Sie relativ moderate Kürzungen bei Ihren Lieblingskindern wie der Verbraucherzentrale, der Umweltstiftung und den Biologischen Stationen.

Fazit ist: Ohne einen Regierungswechsel gäbe es schlichtweg die Kammer nicht mehr. Sie wollten

diese Kammer austrocknen, zerschlagen und in einen Landesbetrieb umwandeln.

(Beifall von CDU und FDP)

Das ist Gott sei Dank verhindert worden. Wir werden die Landwirtschaftskammer bei ihrem mehrere Jahre dauernden Sparprogramm unterstützen. Es gibt neue Strukturen. Die Kammer wird bis 2012 jedes Jahr 20 Millionen € sparen. Das werden wir aktiv unterstützen. Und wir werden auch von den Beschäftigten einiges verlangen.

Eines überrascht mich mit Blick auf die Diskussion der vergangenen Monate: Sie haben es im Bezug auf die Verwaltungsstrukturreform immer wieder geschafft, die Beschäftigten auf die Barrikaden zu bringen;

(Zuruf von der SPD: Das haben wir!)

sie haben hier demonstriert. Sie kritisieren unser Vorhaben in all Ihren Reden, zum Beispiel bei der Forstreform. Die Landwirtschaftskammer hat bis jetzt 237 Stellen abgebaut. Sie wird in den nächsten Jahren 280 weitere Stellen abbauen. Dazu höre ich kein einziges Wort der Anerkennung von dieser Seite des Hauses. Wie kommt das? Sind die in Ihren Augen nicht so viel wert? Ich verstehe das nicht.

Meine Damen und Herren, ein Wort zur Stiftung für Umwelt und Entwicklung, die Sie in den vergangenen Minuten mehrfach angesprochen haben: Wir werden diese Stiftung neu aufstellen und versuchen, das Bild in der Öffentlichkeit wieder klarer zu machen. Dass die Stiftung zurzeit derart in der Diskussion steht, liegt auch daran – Herr Kollege Ellerbrock, Sie sind darauf eingegangen –, dass in der Vergangenheit so manches Projekt gefördert wurde, das gelinde gesagt „diskussionswürdig“ war. Ich möchte das nicht alles wiederholen.

Zu den biologischen Stationen! Wir stehen zum Erhalt der biologischen Stationen. Sie leisten eine gute Arbeit. Sie leisten ehrenamtliche Arbeit im Naturschutz und der Umweltbildung. Allerdings werden wir auch die biologischen Stationen nicht von Haushaltskürzungen freistellen können. Gerade im Jahr 2007 fallen die Kürzungen mit 4 % sehr moderat aus, wie Sie das in den vergangenen Beiträgen hören konnten.

(Svenja Schulze [SPD]: Sie streichen die so weit, dass die wegfallen! Das ist kein Erhalt!)

Meine Damen und Herren, wir wollen eine zukunftsorientierte Politik für den Umwelt- und Agrarbereich, die vor allen Dingen die landwirtschaftlich aktiven Betriebe in Nordrhein-Westfalen im Rahmen der uns zur Verfügung stehenden Haus-

haltsmittel unterstützt. Wir möchten, dass die Landwirte in diesem Land ohne unsinnige Sonderauflagen wirtschaften können im Vergleich zu ihren Kollegen in den anderen Bundesländern und in Europa. Denn wir sind nach Bayern und Niedersachsen der drittstärkste Agrarstandort. Das wollen wir bleiben.

Das neuaufgelegte Programm für den ländlichen Raum zeigt, dass wir dort Unterstützung leisten, wo es nötig ist: in Grünlandgebieten, in benachteiligten Gebieten, überall dort, wo das Land brach fallen würde, gäbe es keine staatliche Unterstützung. Dort werden wir weiter etwas tun. Das spiegelt sich auch in den Haushaltsdaten wider.

Wir wenden uns – anders als Rot-Grün das immer getan hat – gegen ein Übermaß an staatlicher Verwaltung und machen den Weg für einen schlanken Staat frei. Sie werden es auch weiterhin nicht schaffen, diesen praktikablen Weg zu zerreden. Pflegen Sie weiter Ihre Feindbilder! Hätscheln Sie Ihre Lieblingskinder! Wir werden unseren praktikablen Weg konsequent weitergehen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Ortgies. – Für die FDP-Fraktion hat noch einmal Herr Ellerbrock das Wort.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch in den Ausführungen von Frau Watermann-Krass ist der Minister noch einmal deutlich angegangen und in Frage gestellt worden. Eine Wortwahl wie „Täuschen“ finde ich nicht gut. Würden wir diese Wortwahl, die mit Inhalt gefüllt ist, auf die Regierungszeit von Rot-Grün anwenden, fände ich noch ganz andere Vokabeln. Derer habe ich mich auch in der letzten Legislaturperiode befließigt, sie nicht zu verwenden. Das muss man hier noch einmal ganz deutlich sagen.

(Svenja Schulze [SPD]: Aha!)

Fantasie ist etwas, was sich manche gar nicht vorstellen können. So kann sich zum Beispiel Rot-Grün nicht vorstellen, dass auch der Umweltminister – wie andere Ministerien auch – in einer gesamtstaatlichen Verantwortung steht und deshalb im Umweltbereich wirkliche Einsparungen vorgenommen werden müssen. Als Umweltpolitiker beißt mich das auch. Das sage ich ganz klar. Aber in der gesamtstaatlichen Verantwortung, die dieses Haus zu tragen hat, ist das richtig. Das müssen wir machen.

Wenn wir es jetzt nicht schaffen, wieder zu einem geordneten Haushalt zu kommen, wann denn dann? Wollen wir denn weiterhin mit der Gelddruckmaschine arbeiten? Zum Glück ist inzwischen die Europäische Zentralbank davor. Das können wir nicht mehr machen. Ihr Weg, durch Schuldenmachen aktuell Probleme zu lösen und sie der nachfolgenden Generation aufzubürden, entspricht einem anderen Verständnis von Politik, Verantwortung und auch Nachhaltigkeit als meinem.

(Beifall von Reinhold Sendker [CDU])

Deutlich wurde eben – von Ihnen, Frau Watermann-Krass, glaube ich – kritisiert, dass die Biobauern jetzt weniger Geld bekommen. Das, was jetzt gemacht wird, ist richtig: Biobauern haben eine Nischenfunktion. Sie werden „gleichberechtigt“ behandelt. Das ist etwas ganz anderes. Das ist einfach vernünftig. Dazu stehen wir auch. An der Stelle unterscheiden wir uns auch. Das müssen wir den Zuschauerinnen und Zuschauern deutlich machen: Für uns ist der ländliche Raum nicht irgendwie eine Ökospielwiese, ein Restraum für die Verdichtungsgebiete. Nein, für uns ist – der Ausdruck kam auch schon einmal aus dem Wirtschaftsministerium von Frau Thoben – der ländliche Raum ein „Kulturlandschaftsraum“, ein eigenständiger Lebens-, Entwicklungs- und Wirtschaftsraum. Das unterscheidet uns grundsätzlich. Daran sind Folgerungen zu ziehen.

Deswegen müssen wir erkennen, dass die Kulturlandschaftspflege durch den wirtschaftenden Menschen bei uns einen ganz anderen Stellenwert hat. Dabei geht es nicht um eine zwingende, ungeliebte Notwendigkeit, nein, dazu stehen wir, dazu sagen wir ja: Der ländliche Raum ist für Schwarz-Gelb ein eigenständiger Lebens-, Entwicklungs- und Wirtschaftsraum, das ist unser Kulturlandschaftsraum. Dazu stehen wir. Das muss man einmal ganz klar sagen.

(Beifall von FDP und CDU)

Frau Watermann-Krass ist noch einmal auf die Mobilisierung des Holzes eingegangen, die mit Schwierigkeiten verbunden sei. Ja, es gibt derzeit Schwierigkeiten. Wir könnten sinnvollerweise vielleicht mehr Holz aus dem Wald herausholen. Ich glaube aber nicht, dass das durch die Forstreform wesentlich beeinträchtigt wird. Auch dazu gibt es unterschiedliche Stellungnahmen in der Anhörung. Sie haben eine Stellungnahme genannt, ich kann eine andere nennen. Lassen wir das einmal beiseite.

Wir müssen einmal ein ganz anderes Problem angehen: Wenn das Cluster Holz ein so wichtiger

Wirtschaftszweig ist, wie wir ihn wohl gemeinsam auffassen, wir es aber auf absehbare Zeit nicht hinbekommen, aus wirtschaftlichen und auch ökologischen Gründen eine zusätzliche Holzmobilisierung gerade bei den Kleinstparzellen durchzuführen, müssen wir uns überlegen, ob wir nicht irgendwann einmal den mutigen Schritt hin zu einer Flurbereinigung im Wald gehen. Ich will das momentan nicht, aber wir müssen uns das überlegen. Auch das ist eine Alternative.

(Svenja Schulze [SPD]: Ach Gott!)

Das war im Bereich der Landwirtschaft völlig selbstverständlich. Warum scheuen wir uns davor, das in der Forstwirtschaft völlig außen vor zu lassen? Das sind Denktabus, die Sie haben. Diese Denktabus reißen wir ein. Das tut Ihnen weh. Das ist völlig klar.

Noch einmal zur Stiftung für Umwelt und Entwicklung. Der Minister hat deutlich gesagt: Das wird auch Auswirkungen auf andere Stiftungen haben. Wir müssen uns nach einer Konsolidierung der Stiftung für Umwelt und Entwicklung, einer Neuaufstellung, einer anderen Zielrichtung, überlegen, wie wir dort weitermachen.

Der Entwicklungshilfeaspekt wird zum Beispiel durch eine zweite nordrhein-westfälische Stiftung – Entwicklung und Politik – gefördert. Wir fördern den gleichen Sachverhalt mit unterschiedlichen Stiftungen. Teile im Bereich der Stiftung für Umwelt und Entwicklung werden bereits von der NRW-Stiftung übernommen. Auch das muss man überlegen. Macht das Sinn? Wo kann das andernorts erledigt werden? Mir ist der Mantel, unter dem die Aufgabenerfüllung erfolgt, relativ egal. Wenn die Aufgabenerfüllung akzeptiert ist und wir sie für sinnvoll erachten, müssen wir das machen. Ob das nun „Nordrhein-Westfalen-Stiftung“, „Stiftung Entwicklung und Politik“ oder „Stiftung Umwelt und Entwicklung“ heißt, ist völlig egal, darüber lässt sich immer sprechen. Das muss man ganz deutlich sagen.

Noch einmal: Beim Ehrenamt sind wir dabei und wollen es akzeptieren und fördern. Nur muss man auch sehen, was in den Jahren von Rot-Grün – vor allen Dingen durch Grün, die Kollegen von Rot haben das in der Stiftung zähneknirschend und mit geballter Faust in der Tasche ertragen – alles finanziert worden ist.

Herr Rimmel, ich rufe das noch einmal in Erinnerung – es ist eine andere Sache, aber das fiel mir gerade ein –: „Transfair“ – das ist der Kaffee, der fair gehandelt wird – hat in 2005 von der Stiftung für Umwelt und Entwicklung eine Absatzförderung in Höhe von 332.000 € bekommen. Damit wird un-

tersucht, recherchiert, ob es Regionen oder Branchen gibt, in deren Kantinen häufiger als anderswo fair gehandelter Kaffee angeboten wird. Das Ziel ist eine Volksbeglückungsaktion. Man will den Kantinenbesuchern deutlich machen, dass man nur in diesen Kantinen richtigen Kaffee trinkt. Das ist eine Absatzförderung und nichts anderes.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege Ellerbrock, in der Zwischenzeit sind Wortmeldungen von Herrn Sagel und Herrn Priggen aufgelaufen. Wenn ich sie beide zulasse, verlängern wir die Redezeit beachtlich. Wollen Sie beide zulassen?

(Heiterkeit von CDU und FDP)

Holger Ellerbrock (FDP): Jetzt bin ich in einer schwierigen Situation, Herr Präsident. Ihrem augenzwinkernden Charme kann ich eigentlich nicht erliegen, denn ich unterhalte mich mit den Kollegen immer diskussionsfreudig, werde das aber nun außerhalb erledigen und sage: Ich beende die Rede. – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU – Sigrid Beer [GRÜNE]: Unglaublich! Eine Beschwerde gegen diesen Präsidenten!)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Jetzt hat für die Grünen Herr Remmel das Wort. Bitte schön.

Johannes Remmel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Beeinflussung der Debatte muss an anderer Stelle vielleicht noch einmal thematisiert werden. Das würde ich gerne zurückweisen wollen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir sind hier zum Debattieren. Die Debatte sollte im Mittelpunkt stehen und entsprechend befördert und zugelassen werden. – Das an dieser Stelle als allgemeine Anmerkung.

(Christian Lindner [FDP]: Sie haben doch auch gleich eine Weihnachtsfeier!)

Mich haben Äußerungen sowohl von Herrn Minister als auch von dem Kollegen Ellerbrock zur Klarstellung gereizt:

Erstens. Sie hören auch im zweiten Jahr nach dem Gewinn der Landtagswahl nicht auf – ja, Sie haben sie gewonnen –, ihn wie ein Mantra vor sich herzutragen. Es wird suggeriert, wir dürften keine Stellung zur Haushaltspolitik nehmen, weil wir in der Vergangenheit möglicherweise an der ein oder anderen Stelle eine falsche Haushaltspolitik betrieben haben. Wollen Sie uns verbieten,

uns in der Sache einzubringen? Wollen Sie uns verbieten, uns zu Sachen zu äußern und auch für Sachen zu kämpfen? Das ist unsere Aufgabe, und das werden wir uns von Ihnen nicht verbieten lassen.

(Zuruf von der SPD: Richtig!)

Ansonsten müssen Sie uns einmal erklären, wann unsere Bußzeit endlich abgelaufen ist. Das gehört dann auch zur Redlichkeit der Debatte.

(Rudolf Henke [CDU]: Sie müssen sich doch auch selber der Kritik stellen!)

Setzen Sie sich doch bitte in der Sache mit uns auseinander. Wenn Sie das tun, dann müssen Sie auch zur konkreten Unterfinanzierung der Stiftung Stellung nehmen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Ellerbrock, Sie haben von der Stiftungsfrage schlicht und einfach keine Ahnung. Ihre Haltung und die Haltung der übrigen FDP-Fraktion ist in dieser Frage bewusst böseartig,

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

weil Sie den nicht fachkundigen Kolleginnen und Kollegen erklären, dass es noch eine andere Stiftung gäbe.

(Dietmar Brockes [FDP]: Zwei!)

Ja, es gibt noch eine Stiftung für Frieden und Entwicklung, die aber einzig den Auftrag hat, Vorträge zu organisieren.

(Dietmar Brockes [FDP]: Stimmt doch nicht!)

Setzen Sie sich doch damit auseinander. Sie verbreiten bewusst die falschen Dinge in diesem Haus. – Erstens.

Zweitens. Die Stiftung ist nicht konsolidiert. Sie haben doch selbst den Wirtschaftsplan beschlossen. Es gibt über 3 Millionen € Verpflichtungen aus dem vergangenen Jahr, sie ist unterfinanziert. Sagen Sie das doch! Sie weiß nicht, wie sie dieses Wirtschaftsjahr bestreiten soll. Wenn Sie sie kaputtmachen wollen, dann sagen Sie das deutlich.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Genauso ist es!)

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege.

Johannes Remmel (GRÜNE): Nein, das trage ich jetzt im Zusammenhang vor.

Im Übrigen ist es so, dass Sie seit Mitte 2005 die volle Federführung in dieser Stiftung haben. Wenn

Sie eine andere inhaltliche Ausrichtung wollen, hätten Sie Ihre Politik dort längst durchsetzen können. Es ist im Großen und Ganzen unredlich, was Sie in diesem Zusammenhang vortragen.

Drittens. Im Zusammenhang mit der Forstreform haben Sie die Katze aus dem Sack gelassen. Ich habe immer darauf hingewiesen, dass Sie eigentlich eine Privatisierung des Staatsforstes anstreben. Das wird jetzt verbrämt unter dem Stichwort Flurbereinigung. Damit ist verbunden, kleine und Kleinstwaldbesitzer herauszudrängen, damit sie kein Interesse mehr an ihrem Waldbesitz haben.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Quatsch!)

– Das haben Sie doch selber formuliert. Sie müssen sich mit den kleinen Waldbauern auseinandersetzen. Wenn Sie die Förderung entsprechend umstellen, wenn Sie die Forstreform so umsetzen, wie sie in der Diskussion ist, dann müssen Sie sich auch mit den Argumenten auseinandersetzen, die die Fachleute einbringen.

Das schlagendste Argument oder Bild will ich gerne noch einmal wiederholen: Sie haben politisch beschlossen, ein kleineres Auto mit einem kleineren Motor fahren zu lassen. Wenn dieses Auto aber schneller fahren soll, so wie Sie es wollen, also mehr produzieren soll, dann haben Sie vergessen, den Turbolader einzubauen. Das war das Bild, mit dem Sie sich auseinandersetzen müssen, dass Sie eben nicht investieren. Wenn man im Bereich Wald und Holz mehr will, dann muss man auch investieren. Das war die Botschaft von den Fachleuten aus der Wirtschaft und der Industrie.

Dazu gibt es bis heute kein einziges Wort. Sie haben die Forstreform auf tönernen Füßen gebaut. Ich bin mir sicher, sie wird Ihnen vor die Füße fallen, wenn Sie sie nicht ändern. Dazu fordere ich Sie auf. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Rimmel. – Jetzt hat für die SPD-Fraktion noch einmal Frau Kollegin Schulze das Wort.

Svenja Schulze (SPD): Herr Ellerbrock, Sie haben mich zu einer Entgegnung gereizt. Sie haben bei der letzten Landtagswahl 6,4 % erreicht. Mit diesen 6,4 % setzen Sie nun durch, dass Biologische Stationen und Strukturen kaputt gemacht werden. Sie stoßen Ehrenamtler vor den Kopf, indem Sie ihnen die Möglichkeit nehmen, in dem Bereich aktiv zu werden. Machen Sie ruhig so weiter!

Wenn sich die CDU auf das Niveau der FDP begeben und den knapp über 6 % annähern möchte, dann gerne. Wir haben nichts dagegen. Sie müssen nur wissen, was Sie tun.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Kollegin Schulze, möchten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Ellerbrock zulassen?

Svenja Schulze (SPD): Nein.

Vizepräsident Edgar Moron: Jetzt hat Herr Minister Uhlenberg das Wort.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es geht doch gar nicht um die Abgeordneten, sondern es geht für mich um die Damen und Herren Zuschauer auf der Tribüne. Wir haben den Haushaltsplan im Ausschuss intensiv diskutiert und alle sind entsprechend informiert.

(Zuruf von Johannes Rimmel [GRÜNE])

Es ist doch völlig klar, Herr Abgeordneter Rimmel – deswegen sind Sie auch so nervös –, dass Sie offenbar möchten, dass in Nordrhein-Westfalen im Bereich Naturschutz das ein oder andere zusammenbricht. Aber wie wollen Sie den Menschen nach dieser Debatte erklären, dass nach Ihrer Ansicht in Nordrhein-Westfalen der Naturschutz zusammenbricht, wenn wir zwar die Zuschüsse für die biologischen Stationen von 6,1 Millionen € auf 5,75 Millionen € kürzen, aber gleichzeitig im Jahr 2007 für den Naturschutz in anderen Bereichen mehr Geld zur Verfügung stellen, als es im Jahr 2006 der Fall war? Das ist doch eine Phantomdiskussion.

(Beifall von CDU und FDP)

Hier wird im Bereich der Naturschutzpolitik ein Popanz aufgebaut. Es werden Zahlen in die Welt gesetzt, die mit der Realität überhaupt nichts zu tun haben. Das gilt erstens für die Naturschutzpolitik und zweitens für die Forstreform in Nordrhein-Westfalen.

Diese Forstreform ist dringend notwendig, weil es in der Vergangenheit nicht gelungen ist, den 140.000 Waldbesitzern in Nordrhein-Westfalen – davon haben 100.000 Kleinstprivatwaldflächen – eine entsprechende Forstorganisation an die Hand zu geben, die dafür Sorge trägt, dass der Zuwachs an Holz in Nordrhein-Westfalen aus dem Wald herausgeholt wird. Wir haben in Nordrhein-Westfalen jährlich einen Zuwachs von 9 Millionen

Kubikmeter. In den vergangenen Jahren ist nur die Hälfte aus dem Wald herausgeholt worden. Das ändert sich jetzt, weil es eine große Nachfrage nach Holz gibt.

Zwar reduzieren wir die Anzahl der Forstämter in Nordrhein-Westfalen, aber dafür bleiben wir doch mit den Forstrevieren in der Fläche. Das ist für die Waldbauern der entsprechende Ansprechpartner vor Ort. Sorgen wir dafür, dass wir mit diesem Landesbetrieb und der Einheitsforstverwaltung eine schlagkräftige Forstverwaltung in Nordrhein-Westfalen behalten.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Stinka?

Minister Uhlenberg: Gerne, wenn es mir nicht auf meine Redezeit angerechnet wird.

Vizepräsident Edgar Moron: Nein, wir rechnen die Antwort nicht auf die Redezeit an. Das verlängert nur die Gesamtredezeit. – Bitte schön, Herr Stinka.

André Stinka (SPD): Herr Minister, teilen Sie mit mir die Auffassung, dass die Landräte des Münsterlandes nicht den Eindruck erwecken, dass sie Popanze aufbauen, wenn sie über politische Fragen diskutieren? Sie haben ja ganz massiv Kritik in Bezug auf die biologischen Stationen erfahren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Das ist doch völlig klar, wenn wir die Mittel von 6,1 Millionen € auf 5,75 Millionen € kürzen. Wir machen Ihre Verschuldungspolitik nicht weiter, Herr Abgeordneter Stinka.

(Beifall von CDU und FDP)

Das Land Nordrhein-Westfalen soll eine Perspektive haben. Dass die Landräte, die Bürgermeister, jeder Verein an die Landesregierung schreibt, dass sie mehr Geld haben müssen, ist doch in Ordnung. Aber man sollte es nicht zu ernst nehmen.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Die Verbände sagen mir, dass die Politik der Landesregierung richtig ist, natürlich müssten Kürzungen vorgenommen werden.

Ich komme nun zu meinem letzten Thema, Herr Abgeordneter Rimmel. Sie haben sich darüber

beschwert, dass wir immer von der Verschuldungspolitik der alten Landesregierung reden.

(Zuruf von Johannes Rimmel [GRÜNE])

Sie haben sich bei der Bevölkerung von Nordrhein-Westfalen für Ihre Finanzpolitik bis zur Stunde nicht entschuldigt. Sie haben sich bei den Kindern nicht entschuldigt,

(Beifall von CDU und FDP)

dass Sie ein Land mit 114 Milliarden € Schulden bei einem Etat von 48 Milliarden € hinterlassen haben. Täglich müssen in Nordrhein-Westfalen 13 Millionen € allein an Zinsen gezahlt werden.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Der Haushalt ist verfassungswidrig!)

Jetzt hat sich Landesregierung auf den Weg gemacht, um bald einen verfassungsgemäßen Haushaltsplan vorzulegen. Das ist eine große Leistung.

(Beifall von CDU und FDP)

Das ist eine Politik der Nachhaltigkeit. Das hat auch etwas mit sinnvoller Umwelt- und Naturschutzpolitik zu tun. Sinnvolle Politik der Nachhaltigkeit ist eine Politik für die künftigen Generationen. Dazu leistet das Umweltministerium seinen Beitrag. Ich bin stolz auf diese Politik und darauf, dass wir trotz der Einsparungen, die wir im Bereich der Verbraucherschutzpolitik und im Bereich der Umweltschutzpolitik vornehmen müssen, neue, sinnvolle Akzente setzen können.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

Ich bedanke mich bei den Koalitionsfraktionen für die politische Unterstützung.

Das Jahr 2007 wird im Bereich der Umweltschutzpolitik in Nordrhein-Westfalen ein wichtiges Jahr werden, insbesondere weil der Umweltminister von Nordrhein-Westfalen den Vorsitz in der Umweltministerkonferenz innehaben wird.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Minister.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Wir werden im Landtag eine große Veranstaltung zum Thema Nachhaltigkeit durchführen. Nordrhein-Westfalen ist gut aufgestellt. Diese Anliegen sind bei dieser Landesregierung in den besten Händen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung.

Zur Abstimmung kommen wir gemäß der gemeinsamen Verabredung erst später.

Ich rufe den **Einzelplan 12** in Verbindung mit **Einzelplan 20** auf.

Finanzministerium Allgemeine Finanzverwaltung

Das Haushaltsgesetz und Haushaltsbegleitgesetz werden hier mitbehandelt.

Ich weise auf die Beschlussempfehlungen Drucksachen 14/3012 zum Einzelplan 12, 14/3020 zum Haushaltsgesetz sowie 14/3021 zum Haushaltsbegleitgesetz hin. Es gibt eine Reihe von Änderungsanträgen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Die Nummer 63 zum Einzelplan 12 finden Sie in der Tischvorlage und die Nummern 64 bis 68 a zum Einzelplan 20 ebenfalls in der Tischvorlage und in der Ergänzung zum Einzelplan 20.

Die Beratung wird eröffnet durch den Kollegen Peschkes von der SPD-Fraktion. Bitte schön.

Hans-Theodor Peschkes^{*)} (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eigentlich hätte ich gerne bei dem Punkt „Allgemeine Finanzverwaltung“ den Finanzminister gesehen. Der Finanzminister ist jedoch krank. Ich wünsche ihm auf diesem Wege gute Besserung. Ich bin sicher, Frau Thoben, Sie werden ihn gut vertreten.

(Beifall von der SPD)

Der Finanzminister hat in der jüngsten Vergangenheit öfter wieder auf die sprudelnden Steuereinnahmen hingewiesen und hat in dem Zusammenhang erklärt – das will ich auch anerkennen –, dass es nicht unbedingt sein Verdienst war, sondern dass es sich um eine gute Portion Glück handelt, weil die Konjunktur einfach günstig ist. Das wiederhole ich für das Protokoll natürlich gerne.

Aber auch wenn die Einnahmen sprudeln, muss es Leute geben, die diese Einnahmen festsetzen, betreiben und verwalten. Das ist die Finanzverwaltung mit ihren Beschäftigten, und um diese Finanzverwaltung sieht es objektiv betrachtet im Moment nicht sehr gut aus. Bei den Beschäftigten macht sich Unmut und Frust breit, weil sich diese Beschäftigten mit all ihren Problemen vom Finanzminister allein gelassen fühlen und sich einer ständig wachsenden Arbeitsflut gegenübersehen, ohne dass Besserung in Sicht ist.

Der Minister hat mit Datum vom 19. September ein Schreiben der rheinischen Finanzamtsvorsteher erhalten, das an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lässt. Dieses Schreiben ist ein Hilferuf an den obersten Dienstherren der Finanzverwaltung, ein Hilferuf, der auf die mehr als prekäre Personal- und Arbeitslage in den Finanzämtern hinweist, ein Hilferuf, der auf die immer komplexere Steuergesetzgebung hinweist und nach Steuervereinfachung verlangt, und ein Hilferuf, der auf die unzureichende IT-Unterstützung in der Finanzverwaltung hinweist.

Meine Damen und Herren, ich habe dieser Steuerverwaltung nicht 39 Jahre – das ist ja Ihre Lieblingszahl –, sondern 40 Jahre angehört. In diesen 40 Jahren ist mir kein einziger Fall bekannt geworden, in dem sich eine Gruppierung von Führungskräften in einer solch massiven Form an den Dienstherren gewandt hat. Wenn das in dieser Form passiert, dann muss Holland in Not sein. Ich sage Ihnen: Holland ist in Not.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: NRW ist in Not!)

– Da haben Sie eigentlich Recht, Herr Kollege.

Nun hatten wir erwartet, dass dem Absender erklärt wird, wie es wirklich in der Finanzverwaltung weitergeht. Aber im Finanzausschuss kommen auf Fragen von uns in dieser Beziehung lediglich Allgemeinplätze wie: Die Finanzverwaltung ist eine leistungsstarke Verwaltung – das stimmt, da kann man gar nicht widersprechen. Die Personalsituation ist relativ günstig – das stimmt überhaupt nicht. Die Finanzverwaltung hat Schwierigkeiten in der Vergangenheit bewältigt, und das wird auch in Zukunft so sein – na ja, das ist ein Orakel.

All das sind aber Aussagen, die der Finanzverwaltung in der jetzigen Situation überhaupt nicht helfen. Das sind Aussagen – das muss ich so sagen –, die allgemeiner und platter nicht sein können. Im Übrigen – auch das muss man erwähnen – warten die Verfasser des Briefes auch heute noch auf eine schriftliche Antwort des Ministers.

Ich will Ihnen erläutern, wie die Situation in den Finanzverwaltungen tatsächlich aussieht. Von der Einkommensentwicklung sind die Angehörigen der Verwaltung – insbesondere die Beamten – schon seit Jahren abgekoppelt. Die letzte tarifliche Erhöhung hat im Jahre 2004 stattgefunden, und das mit einem mickrigen Einkommenszuwachs von einem Prozent.

Obwohl die Steuereinnahmen in Milliardenhöhe steigen, gibt es jetzt lediglich eine Einmalzahlung für die Beamten, die nicht der Rede wert ist, nämlich zwischen 100 und 200 € für 2006 und 350 €